

Frankreich hebt Sklavereigesetz formell auf

341 Jahre nach Einführung der Sklavereigesetze in Frankreich werden diese am Donnerstag von der Nationalversammlung nun auch formell völlig aufgehoben (= annulliert). Die Abstimmung über das Ende des Code Noir ist vor allem ein symbolischer Akt – und der Versuch des Landes, sich stärker und offener der blutigen Kolonialgeschichte zu stellen. Erstmals schließt Frankreichs Präsident Emmanuel Macron auch Reparationen nicht mehr aus.

Die Initiative für die parteienübergreifende Initiative ging vom Abgeordneten Max Mathiasin aus dem Überseegebiet – ehemals Kolonie – Guadeloupe aus. Er brachte mit Beharrlichkeit (ténacité) die formelle Aufhebung aufs Tapet und zeichnet als Berichterstatter im Parlament dafür verantwortlich.

Das Aufhebungsgesetz besteht aus zwei Paragraphen: Im ersten wird der Code Noir formell aufgehoben, und im zweiten wird die Regierung aufgefordert, binnen eines Jahres dem Parlament einen Bericht vorzulegen. Darin soll überprüft werden, welches Kolonialrecht in Überseegebieten weiter in Kraft ist.

Erklärtes Ziel des Berichts ist es weiters zu zeigen, wo und wie sehr die Überseegebiete bis heute an den Folgen der Kolonialgeschichte, etwa Rassismus und Diskriminierung, leiden. Und der Bericht soll die wirtschaftlichen, kulturellen und familiären Folgen für die Nachkommen von Sklavinnen und Sklaven untersuchen.

Der Historiker Andrew S. Curran, spezialisiert auf die französische Geschichte des 18. Jahrhunderts, betonte zuletzt in einem Kommentar für die „New York Times“, die Aufhebung werde der leichte Teil sein. Das Erbe der Sklaverei wirke in der Politik, der Kultur und den Gemeinschaften betroffener Länder fort, „in Frankreich von den Banlieues in Paris und Lyon bis zu den Überseegebieten von Guadeloupe und Martinique“. Die ehrliche Auseinandersetzung mit dieser Geschichte habe „eben erst begonnen“.

Quelle: <https://orf.at/stories/3431539/>